



Linke:
1968
auf der
Strasse
- und
heute?

Die Schweiz und ihre Linke

Eine Diskussionsrunde mit Peter Bodenmann, Cécile Bühlmann, Andreas Gross, Michèle Spieler und Hanspeter Uster

Anlässlich der Lancierung von MOMA organisierte die Redaktion ein öffentliches Redaktionsgespräch mit VertreterInnen verschiedener Parteien und Bewegungen aus dem rot-grün-violetten Spektrum. Zur Diskussion stand die vielzitierte Krise der Linken und ihre Konzeptlosigkeit, aber auch die Suche nach neuen Gemeinsamkeiten und Politikangeboten. Das Gespräch belegt die Unzulänglichkeit der linken Kräfte und den Bedarf an Diskussion und Auseinandersetzung. MOMA hat sich vorgenommen, ein Forum verschiedener Meinungen und Konzepte, verschiedener Sensibilitäten und Organisationszugehörigkeiten zu sein. Wir verstehen dieses Gespräch als Einstieg in eine Debatte, die uns weiter beschäftigen muss. Die Diskussion wurde geleitet von den MOMA-RedaktorInnen Maja Wicki und Josef Lang. Abschrift und Bearbeitung besorgte Roland Brunner.

Der Linken wird allenthalben vorgeworfen, sie habe ihre gestalterische und emanzipatorische Kraft verloren, sie begnüge sich mit mehr oder weniger systemkonformer Verwaltung von Besitzständen, von Regierungs- und Parlamentsmandaten. Ist die Linke den sozialen und ökologischen Fragen nicht mehr gewachsen?

Cécile Bühlmann: Mir ist die Fragestellung nach der gestalterischen

Kraft der Linken zu eng. Viele Frauen definieren sich nicht oder nicht nur als Linke. Sie sind in die Politik gekommen über die Frauenbewegung, ausgehend von den Ungerechtigkeiten, die sie als Frauen in unserer Gesellschaft erleben. Wir müssen uns dieser Vielfalt bewusst sein und nicht vom Bild einer einheitlichen Linken ausgehen.

Neben meinem Mandat im Nationalrat und meiner Funktion bei den Grünen bin ich aktiv im Grünen Bündnis Luzern. Hier liegt auch

meine eigentliche politische Heimat. Das Grüne Bündnis Luzern versteht sich seit seiner Gründung als Dach aller Kräfte links der SP, die ökologische, feministische und basisdemokratische Anliegen vertreten. Ich bin über die Frauenorganisation Ofra zum Grünen Bündnis gestossen. Ich kann daher und will auch nichts allgemeines über die Linke aussagen, sondern ausgehend von meinem Werdegang und meiner Betroffenheit meine spezifischen Erfahrungen einbringen. Ich nehme diese, meine Linke nicht wahr als abgekämpfte Verwalterin von Besitzständen. Seit ich politisch aktiv bin, gestalte ich mit. Mit Kraft und Energie setze ich mich ein und sehe mich und die Grünen als gestalterische Kräfte.

Michèle Spieler: Die Linke heute definiert sich nur noch negativ, in Abgrenzung zum Rechtspopulismus. Es fehlen Visionen und Utopien. Hier orte ich ihre hauptsächliche Schwäche. Der Verlust der Visionen erfordert gerade das Herausbilden einer neuen Diskussionskultur. Es



Peter Bodenmann ist Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz SPS und Mitglied des Nationalrates.

müssen möglichst viele Stimmen im gemeinsamen Suchen nach neuen Konzepten eingebracht werden, um den vielfältigen Lebensrealitäten der Menschen gerecht zu werden. Ich erhoffe mir durch die Lancierung von MOMA einen Schritt in diese Richtung.

Peter Bodenmann: Die Fragestellung der Diskussion geht davon aus, dass es einmal eine Linke mit schönen Visionen gab und dass diese Visionen jetzt abhanden gekommen sind. Die Linke in diesem Land war geteilt in die Sozialdemokratie und in eine kommunistische Linke. Ab den 60er Jahren kam relevant die Neue Linke dazu. Im Rückblick werden Visionen, Konzepte und Parteiprogramme dieser Zeit verklärt. Unsere Theorien und Manifeste dienten im wesentlichen dazu, eine fällige Modernisierung der schweizerischen Gesellschaft voranzubringen.

Heute orte ich die Schwäche der Linken andernorts. Konzeptionell sind wir in der Schweiz relativ weit. Im europäischen Quervergleich ist die parteipolitisch relevante Linke bei Themen wie Wirtschaftspolitik, Ökologie oder selbst bei der Gleichstellung der Geschlechter weiter als die meisten vergleichbaren europäischen Parteien. Bedenklich ist aber, wer sich in der Schweiz noch als links definiert. Das rot-grüne Spek-

trum, das in guten Jahren ein Drittel der Wählerschaft dieses Landes ausmachte, stagniert. Und innerhalb dieser Linken ist ein sozialer Wandel festzustellen. Die Linke gewinnt bei den neuen Mittelschichten und verliert bei dem traditionellen Segment der Wählerschaft, soweit dieses stimmberechtigt ist – während vorab der sozial schwächste Teil der Bevölkerung Mühe hat, sich in und mit der Linken wiederzuerkennen. Wir sind zunehmend weniger ihre politische Heimat. Zentrale Aufgabe der Linken ist nicht die Produktion von Utopien und irgendwelchen Visionen, sondern die effiziente Wahrnehmung der materiellen Interessen von Lohnabhängigen.

Besteht also ein grosser Graben zwischen Theorie und Praxis, zwischen Konzepten und sozialer Realität der Linken?

Hanspeter Uster: Einerseits wurde zuvor die Vielfalt beschworen, andererseits geht Peter Bodenmann davon aus, dass die Konzepte vorhanden wären und es uns einfach nicht gelingt, diese umzusetzen. Wir können aber heute nicht einfach ein schönes Konzept für die soziale Frage, eines für die Wirtschaftspolitik, eines für die Gleichstellung von Mann und Frau, eines für die Integration von AusländerInnen, eines für die ökologische Frage usw. nebeneinanderstellen. Die Herausforderung besteht darin, diese verschiedenen Konzepte miteinander zu verbinden. Die Auseinandersetzung um die AHV-Revision ist diesbezüglich symptomatisch: Es ist dem rot-grünen Spektrum nicht gelungen, die verschiedenen Konzepte zusammenzubringen und gemeinsam handlungsfähig zu werden.

Die Fragestellung dieser Diskussion liegt somit richtig: Wie gelingt es uns, gegen die Angriffe der Bürgerlichen in allen gesellschaftspolitischen Bereichen, bei den Zwangsmassnahmen, beim Gleichstellungswie beim Umweltschutzgesetz gemeinsame Antworten zu bieten? Es ist kurzfristig, gegen diese Angriffe nur die Vielfalt zu beschwören. Es ist aber genauso falsch, einfach auf die vorhandenen Konzepte zu verweisen.

Damit plädieren Sie für eine Praxisverantwortung und für eine grössere Einheit innerhalb einer pluralistischen Linken. Wo sehen Sie das Problem, Andreas Gross?

Andreas Gross: Die Linke ist nicht gelähmt, aber sie genügt auch nicht ihren eigenen Ansprüchen. Sie steht irgendwo dazwischen. Wir müssen definieren, wer diese Linke ist. Viele identifizieren sich heute nicht mehr mit uns. Für viele ist links sein keine Selbstverständlichkeit mehr wie für jene, die seit 25 Jahren politisieren. Ich würde die Linke definieren als jene Kräfte, die sich dafür engagieren, dass Freiheit nicht zu einem exklusiven Gut, zu einem Privileg wird. Dies gilt nicht nur innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen, sondern auf globaler Ebene. Nicht nur wer ökonomisch gutgestellt ist und wer sozial Glück gehabt hat, soll Freiheit wahrnehmen können. Freiheit ist kein Konsumartikel, sondern bedeutet die Fähigkeit, auf die eigenen Lebensumstände einzuwirken.

Ich orte das Hauptproblem unserer Zeit nicht in einem fehlenden Wissen über die kurz- bis mittelfristigen Handlungsnotwendigkeiten, sondern in unserem mangelnden Selbstvertrauen einerseits und in einem eingeschränkten Handlungsspielraum der Politik gegenüber der Wirtschaft andererseits. Das ökonomische Denken wird heute zur alleinigen akzeptierten Logik. Die Linke hat es bisher nicht geschafft, mehr Menschen zu politischem Handeln zu motivieren und sich nicht der ökonomischen Rationalität zu unterwerfen.

Wir haben die Frage gestellt nach der gestalterischen Kraft der Linken. Gestalten ist ja eine konkrete Umsetzung, eine Vermittlung zwischen Visionen und Praxis. Viele Konzepte, die in Parteizentralen erarbeitet wurden, werden aber von der Parteibasis kaum zur Kenntnis genommen und diskutiert. Die Auseinandersetzungen um die Integration der Schweiz in den europäischen Rahmen zeigt diese Ratlosigkeit.

Peter Bodenmann: Ab 1991 haben wir in der SPS – mit grosser Verspätung zugegebenermassen – versucht,

einen konzeptionellen Rahmen für die Europa-Frage abzustecken. Wir kamen zur Überzeugung, dass die Linke der europäischen Integration zustimmen muss, da viele politische Fragen im nationalen Kontext nicht mehr zu lösen sind. Die Internationalisierung der Wirtschaft ist zu weit vorgeschritten. Wenn wir das Prinzip der Demokratie im Gegensatz zu den Interessen des Kapitals definieren wollen, sind wir auf einen neuen politischen Rahmen angewiesen. Unsere Politik sollte darin bestehen, den berechtigten Ängsten der Lohnabhängigen dieses Landes mit flankierenden Massnahmen Rechnung zu tragen. Zudem müssen wir Kritik üben an der real existierenden Europäischen Union und mit unserem politischen Handeln auf sie einwirken. Wir wollen damit die demokratischen Rechte unter veränderten Bedingungen ausbauen.

Es ist ein unglaublich langwieriger und mühsamer Prozess, diese Diskussion innerhalb der Linken zu führen. Heute sind aber 70 bis 80 Prozent der Leute, die sich links definieren, einer Integration der Schweiz gegenüber positiv eingestellt. Nach wie vor ist aber nicht geklärt, wie hart wir notwendige flankierende Massnahmen fordern und wie wir das konstruktive Referendum durchsetzen. Hier sind noch viele Diskussionen notwendig. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass sich Positionen weiterentwickeln.

Michèle Spieler: Ich höre aus solchen Aussagen nicht, wie die Linke diskutieren soll, sondern ich höre die Botschaft, alle sollen der SP und ihrem konzeptionellen Entwurf folgen. Die Frage stellt sich, wem diese europäische Integration wirklich etwas bringt, wem sie nützt, aber eben auch, wer dabei bezahlen wird. Wie so oft werden die sozial Schwächsten, viele Frauen, die Kosten zu tragen haben. Wessen Interessen vertreten wir also?

Umfragen zeigen, dass die Skepsis gegenüber der europäischen Integration in sozial schwächeren Schichten grösser ist als im sozialen Mittelstand, in intellektuellen Kreisen oder bei den Wirtschaftsverbänden selber. Wie

können wir mit diesen Menschen eine Europa-Diskussion führen, um zu einer Öffnung dieses Landes und seiner Mentalität zu kommen?

Andreas Gross: Es reicht nicht, gute Ideen und Konzepte zu haben, und sie dann den Menschen aufzupropfen. Am weitesten tragen Ideen, die gemeinsam entwickelt wurden, Konzepte, an denen verschiedenste Menschen mitgedacht haben. Solche Projekte lassen sich verankern. In einem Land, das vierzig Jahre lang national imprägniert wurde und in dem immer wieder die Selbstgenügsamkeit und die Vorstellung eines Inselparadieses vermittelt wurde, entsteht ein Selbstverständnis, das man nicht einfach am Lichtschalter ausknipsen kann. Solche Mentalitäten müssen überarbeitet werden.

Die Diskussion um eine europäische Verfassung kann uns hier weiterhelfen. Mit möglichst vielen Menschen zusammen muss es uns darum gehen, eine glaubwürdige Perspektive zu erarbeiten. Wir müssen die Menschen und ihre Ängste einbeziehen, damit sie nicht glauben müssen, dass die Integration richtig ist, sondern damit sie selber Teil dieser Integration sind, damit sie sich selber integrieren können. Diese Diskussion steht der Schweiz noch bevor, da wir sie viel zu lange verschlafen haben.

Die Verunsicherung in der Schweiz scheint aber eher zu einer weiteren Verschliessung der Mentalität zu führen. Die Nationalratsfraktion der Grünen Partei hat nach der Abstimmung über den Beitritt zum EWR ein klares Ja zur europäischen Integration ausgesprochen. Wie kann der Integrationsprozess in Europa mit dem Reformprozess in der Schweiz verbunden werden?

Cécile Bühlmann: Innerhalb der GP ist die Frage nicht ausdiskutiert. Einzige die Fraktion hat bisher klar Stellung genommen. Wir sind uns bewusst, dass der Weg nach Europa lang ist und ihn viele Menschen zusammen gehen müssen. Michèle Spieler hat schon erwähnt, dass die Frauen diesem Europa bedeutend



Michèle Spieler ist Studentin an der Universität Zürich. Sie engagiert sich bei FraPoli, Frauenpolitik Aargau, die mit anderen Frauengruppen in den Unabhängigen Feministischen Frauenlisten UFF zusammengeschlossen ist, die sich an den Nationalratswahlen '95 beteiligen.

skeptischer gegenüberstehen als die meisten Männer. Das war in den nordeuropäischen Ländern ebenso der Fall wie in der Schweiz. Die VerliererInnen der Modernisierung und des Modernismus stehen der Integration logischerweise ablehnender gegenüber. Aus eigener Erfahrung wissen Frauen, dass sie zu den Verliererinnen gehören werden, wenn es nicht gelingt, die unsozialen Komponenten der Integration glaubwürdig zu bekämpfen. Diese Ängste müssen wir abbauen, wenn wir die Frauen für eine Integration gewinnen wollen. Da die Ängste auf den täglichen Erfahrungen der Arbeitswelt aufbauen, müssen wir diese Realitäten verändern oder zumindest eine glaubwürdige Perspektive zur Überwindung dieser unsozialen Erfahrungen anbieten.

Es geht hier nicht um theoretische Konzepte. Ein deutscher Jugendforscher hat einmal gesagt, Belehrungen kommen gegen Erfahrungen nicht an. Hier habe auch ich immer noch meine grossen Fragezeichen zu diesem Projekt Europäische Union. Andererseits ist für mich eine Schweiz im Alleingang in einem sich zusammenschliessenden Europa keine Alternative. Ich fühle mich als Ur-Europäerin in meinem Denken und Handeln, ich arbeite mit Immi-



Cécile Bühlmann ist Beauftragte für interkulturelle Erziehung im Erziehungsdepartement des Kantons Luzern. Seit 1991 ist sie Mitglied der grünen Fraktion im Nationalrat, die sie seit einem Jahr präsidiert.

grantInnen. Die Frage lautet für mich also nicht, ob ich für oder gegen Europa bin. Dem konkreten Projekt EU gegenüber behalte ich aber meine Skepsis, weil es wirtschaftslastig und nicht frauenfreundlich ist, weil es nicht als Antwort auf soziale oder ökologische Fragen entworfen wurde. Trotzdem müssen wir Beitrittsverhandlungen führen und versuchen, uns zu integrieren. Solange ich aktiv Politik mache, werde ich mir aber das Recht vorbehalten, Kritik zu üben und an einem eigenen Europakonzept weiterzudenken.

Peter Bodenmann: Cécile Bühlmann beschreibt Europa als Wirtschaftsmacht, wo ein fürchterlicher Konzentrationsprozess stattfindet. Es gibt aber kein Land, in dem dieser wirtschaftliche Konzentrationsprozess so weit fortgeschritten ist wie in der Schweiz mit ihren multinationalen Gesellschaften. Man muss mit dieser Idealisierung des Schweizer Kapitalismus aufhören.

Es gibt berechnete Ängste der ModernisierungsverliererInnen gegenüber dem Integrationsprozess. Und es gibt relativ klare Forderungen der Gewerkschaften und der politischen Linken. Wenn wir uns auf diesen Integrationsprozess einlassen, der Veränderungen im Arbeitsmarkt bringen wird, müssen flankierende

Massnahmen angewendet werden. Gesamtarbeitsverträge müssen allgemeinverbindlich erklärt werden. Normalarbeitsverträge in den Tieflohnbranchen, das heisst gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne, müssen realisiert werden. Bei der Vergabe von Arbeiten dürfen nur Unternehmen berücksichtigt werden, die die Gesamtarbeitsverträge einhalten. Begleitend zum Integrationsprozess wollen wir so die Stellung der Lohnabhängigen verstärken.

Über das konstruktive Referendum wollen wir zudem die Volksrechte stärken, damit die Menschen in der Schweiz bei der Umsetzung des Euro-Rechts die nationalen Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können. Die Frage stellt sich: Sind wir als Linke noch in der Lage zu kommunizieren? In den bilateralen Verhandlungen stellt sich jetzt das Problem der Personenfreizügigkeit. Wie positionieren wir uns als Linke und GewerkschafterInnen? Man kann nicht skeptisch die nächsten paar Jahre absitzen. In so entscheidenden Fragen müssen wir als Linke mit klaren Positionen politisieren. Eine Wischi-Waschi-Euro-Skepsis können wir uns schlicht nicht leisten. Bei aller Skepsis gegenüber den Verhältnissen in der EU und in der Schweiz müssen wir eine Perspektive der Veränderung erarbeiten.

Der Erfolg der Alpeninitiative hat gezeigt, dass es zumindest punktuell gelingen kann, Reformprojekte in der Schweiz zu verbinden mit europäischer Integrationspolitik. Wo sind die konkreten Handlungsspielräume zwischen Europhorie und Europhobie zu orten?

Hanspeter Uster: Peter Bodenmann hat das Dilemma sehr gut beschrieben. Er hat gesagt, wir *müssen* die Stellung der Gewerkschaften wieder stärken. Er hat gesagt, wir *wollen* mehr allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge, dann macht Integration in Europa einen Sinn, dann können wir auch die Ängste abbauen. Ich bin damit völlig einverstanden, aber das Problem liegt in diesem "müssen" und "wollen". *Können* wir das auch? Können wir dies mit den heutigen Gewerkschaften, mit ihrer Basis, können wir es

mit dem heutigen bürgerlich dominierten Parlament?

Wir wissen sehr wohl, was wir müssen und was wir wollen. Aber die Frage lautet: Was können wir machen? Damit sind wir wieder bei der Ausgangsfrage unserer Diskussion nach den Gestaltungsspielräumen der Linken. Hinter der Position von Peter Bodenmann steckt die Illusion, dass mit einem EU-Beitritt – für den ich grundsätzlich und unter den Bedingungen, wie sie die neue Initiative formuliert, auch bin – die Kräfteverhältnisse in der Schweiz zugunsten der Lohnabhängigen verbessert würde. Das ist eine Illusion.

Die direkte Demokratie bietet uns jedoch die Chance, einige dieser Fragestellungen wieder aufzunehmen, sie zu diskutieren und wie mit der Alpeninitiative erfolgreich zu sein. Wir müssen und wir wollen, um diese Begriffe auch zu verwenden, diese Instrumente gebrauchen, um die Europa-Frage auf unsere Art zu stellen. Im repressiven Bereich ist die Schweiz heute schon europakompatibel. Die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht beispielsweise hat Bundesrat Koller anderen europäischen Ländern abgeschrieben. Wir sind Teil der Festung Europa, ohne zur EU zu gehören. Wir müssen versuchen, auch auf anderen Fragen, bei der sozialen Frage, bei der Frauenfrage, bei Umweltfragen europakompatibel zu werden, aber eben nicht repressiv, sondern fortschrittlich.

Das Zitat, das Cécile Bühlmann verwendet hat, dass nämlich Behauptungen gegen Erfahrungen nicht ankommen, ist entscheidend. Die Angst der Menschen entsteht aus Verunsicherung. Wir müssen die Sicherheitsfrage von der repressiven Logik, von der Einigelungslogik wegbringen und sie wieder zur Solidaritätsfrage machen.

MOMA: Welche Alternativen zu einem EU-Beitritt gibt es denn überhaupt?

Michèle Spieler: Ich wende mich nicht gegen einen europäischen Integrationsprozess im allgemeinen. Aber seit dem EWR-Entscheid sind die kritischen Stimmen immer mehr verstummt und das scheint mehr mit Resignation zu tun zu haben als mit



echter Euphorie für Europa oder die EU. Auch dort, wo noch Europhorie feststellbar ist, kommt sie eher aus einer Abwehrhaltung gegen den Rechtspopulismus als aus positiven eigenen Erwartungen. Die Öffnung, die ich mir erhoffe, muss in den Köpfen der Leute geschehen. Die Zwangsmassnahmen zeigen, dass rassistisches Gedankengut mit einem EU-Beitritt nicht einfach verschwinden würde. Als Alternative zum EU-Beitritt und während der Verhandlungen müssen soziale Netze ausserhalb der offiziellen und institutionellen Strukturen aufgebaut werden. Europaweite Frauen-, Umwelt- und MigrantInnennetze führen zu einer wirklichen Integration, der Integration menschlicher Interessen und Bedürfnisse. Die Grenze darf aber auch hier nicht bei Europa und erst recht nicht bei der Europäischen Union liegen. Ausserhalb dieses Kerneuropas gibt es Länder und Menschen, die wir nicht ausgrenzen dürfen in einem EU-Europa mit oder ohne Schweiz.

Peter Bodenmann: Zentral ist für mich, dass wir in Gesellschaften leben, die von der Verwertung des Kapitals bestimmt sind. Es geht also nicht darum zu glauben, Europa sei mehr oder weniger kapitalistisch als die Schweiz. Für uns als Linke stellt sich aber die Frage, wie wir das Primat der Politik einbringen können, wie wir also gegenüber der Macht des Kapitals eine Reformstrategie formulieren und durchsetzen können. Historisch gesehen ist der Nationalstaat Schweiz für die Linke zu klein geworden. Es geht darum, Grössenordnungen zu besetzen, in denen das Politische wieder relevant sein kann, um politisch re-regulierend wirken zu können. Das hat sicher nichts mit Europhorie zu tun.

Michèle Spieler: Aber es ist und bleibt eine Strategie, die Mehrheiten sucht und sich dabei nicht um ausgegrenzte Minderheiten kümmert. Es kann nicht darum gehen, Mehrheiten zufriedenzustellen auf Kosten von sozial schwächeren Minderheiten.

MOMA: Vorher ist das Stichwort Sicherheit gefallen. Sicherheit wird heute von der Rechten

belegt, während die Linke dieses Thema oft stiefmütterlich und hochmütig behandelt. Wie könnte ein soziales Sicherheitskonzept verankert und damit die Angst von sozial schwächer gestellten aufgefangen werden?

Hanspeter Uster: Wir befinden uns in einem Dilemma: einerseits deregulieren die Bürgerlichen, wo sie nur können. Der von Peter Bodenmann angesprochene Primat der Wirtschaft regiert unser Land. Ich denke nicht, dass eine staatliche Re-Regulierung hier möglich sein wird. Andererseits handeln die Bürgerlichen bei politischen Fragen dann genau ihren eigenen Devisen entgegengesetzt, indem sie repressiv regulieren, zum Beispiel in der Drogenproblematik, wo sie nur äusserst langsam und auf grossen Druck hin zu bewegen waren, die gemeinsame parlamentarische Initiative aller Bundesratsparteien (ohne SVP) zur Drogenpolitik mitzutragen.

Wie gehen wir als Linke mit diesem Zwiespalt um? Im repressiven Bereich fordern wir eine liberale Haltung, im wirtschaftlichen Bereich dagegen sehen wir einen politischen Regulierungsbedarf. Die Kunst besteht darin, diese zwei Fragen zusammenzubringen und bei den Menschen ein Bewusstsein zu schaffen, dass Liberalisierungen gut und akzeptabel sind, wenn entsprechende soziale Voraussetzungen abgesichert sind. Die Schweizer Mentalität zu öffnen bedeutet, politisch liberale Gedanken in den Köpfen der Menschen zu verankern und damit der repressiven Logik den Boden zu entziehen. Die Linke muss diesen Spagat bewältigen. Sie muss beweglicher werden, ohne dabei opportunistisch zu sein.

MOMA: Aber wie können Menschen dazu befähigt werden, sich solchen Öffnungsprozessen zu stellen? Welche Beteiligungsmöglichkeiten kann ihnen die Linke anbieten?

Andreas Gross: Offene Einstellungen bringt man nicht von aussen in die Köpfe der Menschen hinein. Sie müssen in den Menschen wachsen und aus Erfahrungen und Realitäten



Andreas Gross ist als Politikwissenschaftler spezialisiert auf Fragen der direkten Demokratie. Er ist Mitbegründer der GSoA, von eurotopia und seit drei Jahren für die SP im Nationalrat.

entstehen. Die Verunsicherung vieler Menschen in der Schweiz ist kein Hirngespinnst, sondern widerspiegelt reale Entwicklungen auf der Welt und im nationalen Rahmen. Auf die globalen Verunsicherungen kann es keine nationalen Antworten geben. Dazu gehört die ungleiche Verteilung der Ressourcen zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich. Millionen Menschen können nicht überleben, dort wo sie aufgewachsen sind, und mit diesen Resultaten der ungleichen Reichumsverteilung werden wir konfrontiert. Je kleiner der Spielraum von Menschen hier heute schon ist, um so weniger werden sie bereit sein, weiter zu teilen und Solidarität zu üben.

Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass die Menschen hier in ihrem Alltag eine andere Realität wahrnehmen und von ihr lernen können. Nur dann werden sich auch ihre Einstellungen ändern. Bis jetzt herrschen zwei Reaktionen vor: Ein Teil der Verunsicherten flüchtet in das Gewohnte, das Vertraute, in den Mythos, in die alte Schweiz. Und ein kleinerer Teil flüchtet nach aussen, in die Utopie einer Integration, die alle eigenen Probleme löst. Die Mehrheit der SchweizerInnen bewegt sich irgendwo dazwischen. Sie muss sich mit den neuen Bedrohungen auseinandersetzen und merkt, dass der bisher sichere Boden schwankt. Es bedarf öffentlicher Diskussionen und



Hanspeter Uster

Hanspeter Uster ist seit 1991 Justiz- und Polizeidirektor im Kanton Zug. Er ist Mitglied der Sozialistisch-Grünen Alternative SGA.

Auseinandersetzungen, Werkstätten des offenen Debattierens zusammen mit Menschen aus anderen Ländern, die die gleichen Verunsicherungen und Fragen haben.

MOMA: Sind das aber nicht immer elitäre Zirkel, die sich solchen Diskussionen stellen können? Wird dabei nicht die grosse Mehrheit der Menschen wieder ausgeschlossen?

Cécile Bühlmann: Was Andreas Gross erläutert hat, ist die sogenannte Desintegrationsthese: Je desintegrierter eine Gesellschaft ist, um so grösser sind die Integrationsprobleme der neu Aufzunehmenden. Daneben gibt es aber interessante Untersuchungen, die zeigen, dass es nicht in erster Linie die sozialen Unterschichten sind, die rechtsextreme Verhaltens- und Denkmuster aufzeigen. Die Mittelschichten können diese besser verstecken und werden vielleicht weniger am Stammtisch in der Öffentlichkeit ausfällig, aber mit eingehenden Interviews lässt sich bei ihnen zutiefst rassistisches Gedankengut aufzeigen.

Die Folgerung der Desintegrationsthese wäre der Versuch, die Leute wieder zu integrieren in Milieus, ins bestehende System, in die Arbeitsverhältnisse usw. Demgegenüber

sind aber die Werte dieser Integration zu hinterfragen. "Schön, jung und erfolgreich" als vorherrschendes Image unserer Zeit lässt für viele Menschen keine Integration mehr zu. Statt Reintegration ist also Umwertung angesagt. Die Diskussion über neue gesellschaftliche Wertvorstellungen ist aber ein Schwimmen gegen den Strom, ein Anknüpfen gegen das Primat der Wirtschaft.

Sind aber nicht gerade die Parteien zu stark auf den Staat und die Institutionen ausgerichtet, um eine solche Diskussion in der Gesellschaft zu stimulieren? Müsste man dann nicht weniger in den Parlamenten und mehr in den Quartieren arbeiten, um neue soziale Netze aufzubauen? Ist die Linke sozial zu wenig präsent?

Michèle Spieler: Die Voraussetzungen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, sind nicht für alle gleich. Es gibt Menschen, die es sich schlicht nicht leisten können, weil ihnen zeitliche und materielle Ressourcen fehlen. Auch nehmen gerade Frauen ihre alltäglichen Erfahrungen oft nicht ernst genug, um sie in eine politische Diskussion einzubringen. Die Art und Weise, wie Diskussionen geführt werden – nehmen wir die heutige als Beispiel – wirkt zudem nicht unbedingt motivierend. Wenn fünf Leute zu ebenso vielen Themen während einer Stunde Stellung nehmen, dann kann das zu keiner echten Auseinandersetzung führen.

Peter Bodenmann: Im Umweltbereich ist es gelungen, Menschen in die Diskussionen einzubeziehen und zum Beispiel mit der Alpeninitiative auch eine Antwort auf die Herausforderungen zu geben. Im sozialen Bereich ist uns das bisher nicht gelungen, obwohl die Schweiz beträchtlich unsozialer wurde, obwohl bedeutende Umverteilungsprozesse stattfinden. Wir haben es bisher nicht geschafft, uns massenverständlich zu bewegen. Wir sind tendenziell nicht mehr kommunikationsfähig. Wir sind oft – wie zum Beispiel bei der Krankenkassen-Initiative – nicht mehr in der Lage, einfachste Sachverhalte bei sozialen Fragen zu vermitteln und die Leute

entlang sozialer Interessen zu organisieren. Solange die Linke, bis und mit SP und Gewerkschaften, in einer so lamentablen Lage ist, haben wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht. Wir müssen nicht schwergewichtig Visionen und Utopien, Theorien und superkomplexe Fragen diskutieren, sondern wieder massenwirksame Antworten entwickeln.

MOMA: Ist das ein Problem der Sprache oder der nicht verstandenen Bedürfnisse?

Peter Bodenmann: Die Schweizer Linke mit SP und Grünen und was sich sonst noch in diesem Umzug bewegt, ist zu Vertretern der Mittelschichten geworden, die sich viel Zeit nehmen können, sprachlich den eigenen Befindlichkeiten nachzugehen, statt die soziale Realität zu verändern.

Eine so klare Selbstkritik wird wohl auch in bester linker Tradition zu einer entsprechenden Veränderung der Praxis führen...

Andreas Gross: Wenn es so einfach wäre, hätten wir es schon lange geschafft. Der Vorwurf von Michèle Spieler, dass Politik nur für wenige zugänglich sei, ist immer berechtigt. Die Frage lässt sich aber nicht generell beantworten, sondern nur persönlich: Wieweit gehen wir individuell bis an die Grenzen unserer Möglichkeiten? Ich selber versuche auch, mindestens soviel ausserhalb der Parlamente zu arbeiten, wie ich in ihnen sitze. Der Ausgangspunkt ist aber die Feststellung, dass sich sowenige Leute überhaupt darauf einlassen, diesen Versuch zu machen, dass wir hier zu wenig überzeugend sind.

Peter Bodenmann macht hier den klassischen Schweizer Fehler: Er spielt Theorie und Vermittlung gegeneinander aus. Ein berühmter Kollege hat einmal gesagt: Es gibt nichts praktischeres als eine gute Theorie. Wenn wir aus unserer Unzulänglichkeit herauskommen wollen, müssen wir sie zuerst verstehen. Nur mit Nachdenken und gemeinsamem Handeln kommen wir aus dieser Sackgasse...